

7.4 Sondersitzungen (nach Art. 39 Abs. 3 GG)

Stand: 6.10.2021

In diesem Kapitel werden als Sondersitzungen jene Plenarsitzungen aufgeführt, die auf Grund des Artikels 39 Abs. 3 GG außerhalb des im Ältestenrat vereinbarten Zeitplans einberufen wurden; es sind dies insbesondere Sitzungen während der Weihnachts-, Oster- und Sommerpause des Parlaments. Auf Grund des Artikels 39 Abs. 3 Satz 3 GG können ein Drittel der Mitglieder des Bundestages, der Bundespräsident oder der Bundeskanzler die Einberufung des Bundestages verlangen; der Bundestagspräsident ist verpflichtet, diesem Verlangen zu entsprechen. Gemäß Artikel 39 Abs. 3 Satz 2 GG in Verbindung mit § 21 GOBT kann auch der Bundestagspräsident den Bundestag einberufen.

In der 1. bis 11. Wahlperiode wurden insgesamt 22 Sondersitzungen dieser Art anberaumt.

Nicht in der Aufstellung enthalten sind gelegentlich ebenfalls als Sondersitzungen bezeichneten Gedenksitzungen und Sonderveranstaltungen. Sie finden im Plenarsaal statt werden aber nicht als Plenarsitzungen gezählt. Diese Veranstaltungen sind im Kapitel 7.18 zusammengestellt.

Wahl- periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung bzw. Thema	Antrag- steller	Bemerkungen
12. WP 1990–1994	a) 2. b) 14.1.1991 c) 2 Std. und 45 Min.	Abgabe einer Regierungserklärung durch Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> zur Lage in der Golfregion und in Litauen	Bundes- kanzler	
	a) 87. b) 2.4.1992 c) 2 Std. und 47 Min.	1) Eidesleistung des Bundesministers der Verteidigung <i>Volker Rühe</i> 2) Abgabe einer Regierungserklärung durch Bundeskanzlers <i>Helmut Kohl</i> : Zu aktuellen Fragen der deutschen Außenpolitik	SPD	Der Antrag der SPD betraf die Entlassung des Bundesministers der Verteidigung <i>Gerhard Stoltenberg</i> wegen Verstoßes gegen das Haushaltsgesetz; <i>Stoltenberg</i> trat jedoch schon am 31.3.1992 zurück.

Wahl- periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung bzw. Thema	Antrag- steller	Bemerkungen
	a) 101. b) 22.7.1992 c) 4 Std. und 57 Min.	1) Abgabe einer Regierungserklärung durch Bundesminister des Auswärtigen <i>Klaus Kinkel</i> zur Lage und Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und Entscheidung der Bundesregierung über die Beteiligung der Bundeswehr an Überwachungsmaßnahmen von WEU und NATO zur Unterstützung der UN-Resolutionen 713 und 757 2) Aussprache zur aktuellen Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und Haltung der Bundesregierung zu Einsätzen von Einheiten der Bundeswehr 3) Erste Beratung eines Gesetzentwurfs der SPD-Fraktion zur Änderung des Grundgesetzes [Artikel 24 und 87a] in Verbindung mit zwei Zusatzpunkten (BT-Drucksache 12/2895)	SPD	
	a) 170. b) 12.7.1993 c) 2 Std. und 18 Min.	1) Eidesleistung des Bundesministers des Innern <i>Manfred Kanther</i> 2) Vereinbarte Debatte zu den Vorgängen in Bad Kleinen	Bundes- kanzler	
	a) 240. b) 22.7.1994 c) 4 Std. und 24 Min.	Abgabe einer Regierungserklärung durch Bundesminister des Auswärtigen <i>Klaus Kinkel</i> zu den Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 zur Verfassungskonformität von Auslandseinsätzen deutscher Streitkräfte (2 BvE 3/92, 2 BvE 5/93, 2 BvE 7/93, 2 BvE 8/93) in Verbindung mit: a) Antrag der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an Maßnahmen von NATO und WEU zur Durchsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Adria-Embargo und Flugverbot über Bosnien-Herzegowina (BT-Drucksache 12/8303) b) Antrag der Fraktion der SPD: Fortdauer der Bundeswehreinsätze zur Embargoüberwachung in der Adria sowie zur Überwachung und Durchsetzung des Flugverbots über dem Luftraum von Bosnien-Herzegowina (BT-Drucksache 12/8320)	CDU/CSU und FDP	

Wahl- periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung bzw. Thema	Antrag- steller	Bemerkungen
	a) 243. b) 21.9.1994 c) 16 Std. und 52 Min.	1) Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz) (BT-Drucksachen 12/6853, 12/7584, 12/7872, 12/7841, 12/7837) 2) Wirtschaftspolitische Debatte: Erklärung der Bundesregierung zum wirtschaftlichen Aufschwung im geeinten Deutschland u. a. 3) Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ nach Artikel 44 des Grundgesetzes (BT-Drucksache 12/8404) sowie 11 weitere Tagesordnungs- und 39 Zusatztagesordnungspunkte	SPD	Letzte Sitzung der 12. WP; die vorangegangene 242. Sitzung am 7.9. 1994 war wegen Beschlussunfähigkeit abgebrochen worden.
13. WP 1994–1998	a) 49. b) 13.7.1995 c) 3 Std. und 52 Min.	1) Vereinbarte Debatte zum Jahressteuergesetz 1996 2) Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Jahressteuergesetz 1996 (BT-Drucksachen 13/1558, 13/1800, 13/1779, 13/1960) 3) 2 Zusatztagesordnungspunkte zu beabsichtigten Atombombenversuchen Frankreichs im Südpazifik	CDU/CSU und FDP	Vor Eintritt in die Tagesordnung: Erklärung der Bundestagspräsidentin <i>Rita Süßmuth</i> zur Lage in Bosnien.
	a) 118. b) 9.7.1996 c) 1 Std. und 45 Min.	1) Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung in den Bereichen der Rentenversicherung und Arbeitsförderung (Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz) (BT-Drucksachen 13/4610, 13/5147, 13/5108, 13/5094) 2) Zusatztagesordnungspunkt: Antrag der SPD-Fraktion: Erweiterung des Untersuchungsauftrags des 2. Untersuchungsausschusses (BT-Drucksache 13/5233)	CDU/CSU und FDP	

Wahl- periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung bzw. Thema	Antrag- steller	Bemerkungen
	a) 119. b) 29.8.1996 c) 3 Std. und 57 Min.	Vereinbarte Debatte zu den Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzen, zum Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz, zum Gesetz zur Begrenzung der Bezügefortzahlung bei Krankheit, zum Beitragsentlastungsgesetz, zum Krankenhaus-Neuordnungsgesetz 1997, zum GKV-Weiterentwicklungsgesetz und zum Achten Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sowie die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu diesen acht Gesetzen	CDU/CSU, SPD und FDP	
	a) 133. b) 30.10.1996 c) 2 Std. und 14 Min.	Antrag der SPD-Fraktion: Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (BT-Drucksache 13/5902)	SPD	
	a) 176. b) 16.5.1997 c) 2 Std. und 57 Min.	Vereinbarte Debatte zu den Ergebnissen der neuesten Steuerschätzungen	SPD	
	a) 186. b) 5.8.1997 c) 3 Std. und 42 Min.	1) Abgabe einer Erklärung durch Bundeskanzler <i>Helmut Kohl</i> : Zur Hochwasserkatastrophe an der Oder und zu den Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung in Verbindung mit: Vereinbarte Debatte zur Hochwasserkatastrophe an der Oder 2) Vereinbarte Debatte zu Steuern und Arbeitsplätzen sowie Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 GG) (BT-Drucksache 13/8340)	CDU/CSU, FDP	Die beantragte Tagesordnung betraf Punkt 2).
	a) 248. b) 16.10.1998 c) 3 Std. und 48 Min.	1) Abgabe einer Erklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen <i>Klaus Kinkel</i> in Verbindung mit: 2) Antrag der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt (BT-Drucksache 13/11469)	Bundes- kanzler	
14. WP 1998–2002	a) 32. b) 15.4.1999 c) 4 Std. und 26 Min.	1) Vereidigung des Bundesministers der Finanzen <i>Hans Eichel</i> 2) Abgabe einer Regierungserklärung durch Bundeskanzler <i>Gerhard Schröder</i> : Aktuelle Lage im Kosovo	SPD	

Wahl- periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung bzw. Thema	Antrag- steller	Bemerkungen
	a) 41. b) 8.6.1999 c) 5 Std. und 4 Min.	1) Abgabe einer Regierungserklärung durch Bundeskanzler <i>Gerhard Schröder</i> : Ergebnisse des Europäischen Rates am 3. und 4. Juni 1999 in Köln und zum Stand der Friedensbemühungen im Kosovo-Konflikt 2) Beratung des Antrags der Bundesregierung: Deutsche Beteiligung an einer internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung einer Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 (BT-Drucksachen 14/1133, 14/1136)	Bundes- kanzler	
	a) 42. b) 10.6.1999 c) 3 Std. und 22 Min.	Aktuelle Stunde betr. Haltung der Bundesregierung über die bekanntgewordenen Pläne des Bundesarbeitsministers, die Rentenanpassung für die Jahre 2000 und 2001 zu halbieren, und zu der beabsichtigten Neuregelung zum Schlechtwettergeld	SPD	Der ursprünglich beantragte TOP über die Friedensregelungen für das Kosovo, wurde unmittelbar vor der Sitzung verschoben auf die 43. Plenarsitzung, am 11.6.1999.
	a) 184. b) 29.8.2001 c) 3 Std. und 32 Min.	Antrag der Bundesregierung: Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium zum Einsammeln und Zerstören der Waffen, die durch die ethnisch albanischen bewaffneten Gruppen freiwillig abgegeben werden (BT-Drucksache 14/6830)	Bundes- kanzler	
	a) 187. b) 19.9.2001 c) 4 Std. und 10 Min.	Abgabe einer Regierungserklärung durch Bundeskanzler <i>Gerhard Schröder</i> : Terroranschläge in den USA und Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie der NATO	Bundes- kanzler	
	a) 210. b) 22.12.2001 c) 3 Std. und 3 Min.	Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan auf der Grundlage der Resolution 1386 (2001), 1383 (2001) und 1378 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ¹ (BT-Drucksache 14/7930)	Bundes- kanzler	

¹ Die ursprünglich für Donnerstag, den 20. Dezember 2001 angesetzte Plenarsitzung musste auf Samstag, den 22. Dezember verschoben werden, da der UN-Sicherheitsrat vorher keine Entscheidung getroffen hatte.

Wahl- periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung bzw. Thema	Antrag- steller	Bemerkungen
	a) 250. b) 25.7.2002 c) 1 Std. und 44 Min.	1) Eidesleistung des Bundesministers der Verteidigung <i>Peter Struck</i> (SPD) 2) Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Verteidigung <i>Peter Struck</i> : Zur Lage der Bundeswehr und ihrer Aufgaben im Rahmen der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland	Bundes- kanzler	Die beantragte Tagesordnung betraf Punkt 1).
	a) 251. b) 29.8.2002 c) 3 Std. und 52 Min.	1) Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler <i>Gerhard Schröder</i> : Den Opfern helfen – Gemeinsinn stärken: Maßnahmen zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe 2) Erste Beratung des von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Flutopfersolidaritätsgesetzes (BT-Drucksache 14/9894)	SPD und B 90/DIE GRÜNEN	Die beantragte Tagesordnung betraf Punkt 1) und 2).
15. WP 2002–2005	a) 187. b) 28.9.2005 c) 5 Std. und 25 Min.	Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004 und 1623 (2005) vom 13. September 2005 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (BT-Drucksache 15/5996)	SPD und B 90/DIE GRÜNEN	
16. WP 2005–2009	a) 49. b) 19.9.2006 c) 1 Std. und 53 Min.	Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 (BT-Drucksache 16/2572)	Bundes- kanzlerin	
	a) 198. b) 14.1.2009 c) 4 Std. und 17 Min.	1) Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin <i>Angela Merkel</i> : zu den Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung 2) Vereinbarte Debatte auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aktuellen Lage im Nahen Osten	Bundes- kanzlerin	

Wahl- periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung bzw. Thema	Antrag- steller	Bemerkungen
17. WP 2009–2013	a) 160. b) 27.2.2012 c) 3 Std.	1) a) Abgabe einer Regierungserklärung durch Bundeskanzlerin <i>Angela Merkel</i> : Finanzhilfen für Griechenland und Europäischer Rat am 1./2. März 2012 in Brüssel b) Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen: Finanzhilfen zugunsten der Hellenischen Republik; Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 3 Absatz 1 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes (StabMechG) für Notmaßnahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität zugunsten der Hellenischen Republik (BT-Drucksachen 17/8730, 17/8731, 17/8735)	Interfraktionelles Verlangen	
	a) 189. b) 19.7.2012 c) 3 Std. und 18 Min.	1) a) Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen <i>Wolfgang Schäuble</i> : Sicherung der Stabilität der Eurozone – Finanzhilfen für Spanien b) Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen: Finanzhilfe zugunsten Spaniens; Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 3 Absatz 1 i. V. m. § 3 Absatz 2 Nummer 1 und 4 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes (StabMechG) für Notmaßnahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität zugunsten Spaniens (BT-Drucksachen 17/10320, 17/10321)	Bundes- kanzlerin	

Wahl- periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung bzw. Thema	Antrag- steller	Bemerkungen
	a) 248. b) 25.6.2013 c) 2 Std. und 9 Min.	1) a) Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin <i>Angela Merkel</i> : Bewältigung der Hochwasserkatastrophe – Rasche Soforthilfe und zügiger Wiederaufbau b) Erste Beratung des von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe“ und zur Änderung weiterer Gesetze (Aufbauhilfegesetz) (BT-Drucksache 17/14078) c) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 (Nachtragshaushaltsgesetz 2013) (BT-Drucksache 17/14000) sowie Beratung weiterer Zusatzpunkte	CDU/CSU und FDP	
18. WP (2013– 2017)	a) 48. b) 1.9.2014 c) 3 Std. und 2 Min.	Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin <i>Angela Merkel</i> : Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Irak und Kampf gegen die Terrororganisation IS	Interfraktionelles Verlangen	
	a) 117. b) 17.7.2015 c) 3 Std. und 58 Min.	1) a) Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen: Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands hier: Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 4 Absatz 1 Nummer 1 des ESM-Finanzierungsgesetzes (ESMFinG), der Hellenischen Republik nach Artikel 13 Absatz 2 des ESM-Vertrages grundsätzlich Stabilitätshilfe in Form eines ESM-Darlehens zu gewähren; Verwendung der SMP-Mittel 2014 zur Absicherung einer Brückenfinanzierung (BT-Drucksache 18/5590) b) Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Beschluss des Deutschen Bundestages nach § 4 Absatz 1 Nummer 1 des ESM-Finanzierungsgesetzes (ESMFinG); Verwendung der SMP-Mittel 2014 zur Absicherung einer Brückenfinanzierung (BT-Drucksache 18/5595)	Bundestags- präsident	

Wahl- periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung bzw. Thema	Antrag- steller	Bemerkungen
	a) 118. b) 19.8.2015 c) 3 Std. und 9 Min.	1) a) Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen <i>Wolfgang Schäuble</i> : Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands b) Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen: Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages, der Hellenischen Republik Stabilitätshilfe in Form einer Finanzhilfefazilität zu gewähren sowie zur Vereinbarung über ein Memorandum of Understanding zwischen der Hellenischen Republik und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) (BT-Drucksache 18/5780)	Bundestags- präsident	
19. WP (2017– 2021)	a) 109. b) 24.7.2019 c) 1 Std. und 39 Min.	1) Eidesleistung der Bundesministerin der Verteidigung <i>Annegret Kramp-Karrenbauer</i> 2) Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundesministerin der Verteidigung <i>Annegret Kramp-Karrenbauer</i> : In Verantwortung für die Zukunft Deutschlands. Für eine starke Bundeswehr in einer Welt im Wandel.	Bundes- kanzlerin	
	a) 238. b) 25.8.2021 c) 7 Std. und 25 Min.	1) a) Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin <i>Angela Merkel</i> : zur Lage in Afghanistan b) Beratung des Antrags der Bundesregierung: Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur militärischen Evakuierung aus Afghanistan (BT-Drucksache 19/32022) c) Beratung des Antrags der Fraktion der AfD: Lehren aus gescheitertem Afghanistan- Einsatz ziehen – Jährliche Debatte zur sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland im Deutschen Bundestag etablieren (BT-Drucksache 19/32083) sowie Beratung weiterer Zusatzpunkte darunter: 2) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe 2021“ und zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wegen Starkregen- fällen und Hochwassern im Juli 2021 sowie zur Änderung weiterer Gesetze	CDU/CSU und SPD	

Wahl- periode	a) Sitz.-Nr. b) Datum c) Dauer der Sitzung	Tagesordnung bzw. Thema	Antrag- steller	Bemerkungen
		(Aufbauhilfegesetz 2021 – AufbhG 2021) (BT-Drucksache 19/32039) 3) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Feststellung des Fortbestehens der epidemischen Lage von nationaler Tragweite (BT-Drucksache 19/32091) mit weiteren Zusatzpunkten		

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.5.